

Berlin, 29.08.2019

Einladung zur Pressekonferenz

„Gewalt gegen ALLE Frauen* stoppen! Istanbul-Konvention umsetzen: VORBEHALTLOS!“

Sicherheitsmitarbeiter dringen regelmäßig in die Waschräume einer Geflüchtetenunterkunft ein, während Frauen* dort duschen. Es sind unhaltbare Zustände wie dieser, von denen DaMigra als Dachverband der Migrantinnenorganisationen aus erster Hand erfährt. Frauen* mit Flucht- und Migrationsgeschichte sind im besonderen Maße von sexualisierter Gewalt betroffen. Doch ausgerechnet ihnen wird vorbehaltloser Schutz verwehrt. 2017 ratifizierte die Bundesregierung das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ („Istanbul-Konvention“) nur mit Einschränkungen gegenüber den Rechten von Migrantinnen* und geflüchteten Frauen*.

Wie erleben die betroffenen Frauen* die Situation? Wie ist die politische und rechtliche Problemlage? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Pressekonferenz mit:

- **Yara Mayassah**, DaMigra-Mitarbeiterin und 2016 aus Syrien geflüchtet
- **Dr. Esmā Çakır-Ceylan**, Rechtsanwältin
- **Rosa Logar**, Interventionsstelle Wien, bis vor kurzem Teil des Expertinnengremiums des Europarates GREVIO
- **Kook-Nam Cho-Ruwwe**, Vorstandssprecherin DaMigra
- **Dr. Delal Atmaca**, Geschäftsführerin DaMigra

Wann: Am Freitag, den 06. September 2019, 09:00 Uhr

Wo: Tagungsräume Erfurt, Eislebener Str. 1, 99086 Erfurt

Vor Ort besteht die Möglichkeit zu Interviews mit den oben benannten Personen.

Wir freuen uns, Sie oder ein Mitglied Ihrer Redaktion bei diesem Termin begrüßen zu dürfen.

Anmeldungen bitte bis zum 2. September unter presse@damigra.de.

Pressekontakt:

Nicole Thies | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
DaMigra e.V.
Am Sudhaus 2
12053 Berlin
Mail presse@damigra.de
Phone +49 30 255 685 12
Mobil +49 1525 2782153

Ein Projekt von



Gefördert durch



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages